

Frau Ilse Stibbe	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann	Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule
--------------------------	--

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken
--------------------	--------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Annelie Appelmann	doMS e.V.
------------------------	-----------

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
 - 3.1 Finanzierung der Bürgerhäuser und Bürgerzentren
(Anfrage der Frau Gärtner zu TOP 15 der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 01.12.2011)
5218/2011
 - 3.2 Einrichtung von Pfändungsschutzkonten für Kunden/innen des Jobcenters Köln
(Anfrage der Frau Stahlhofen zu TOP 15 der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 17.11.2011)
5263/2011
 - 3.3 Akustiksituation in der Trauerhalle Südfriedhof
(Anfrage der Frau Dr. Köhler zu TOP 15 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 17.11.2011)
4990/2011
 - 3.4 Befristete Arbeitsverträge für Mitarbeiter/innen beim Jobcenter Köln
(Anfrage der Frau Stahlhofen zu TOP 10.2 der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 01.12.2011)
0110/2012
- 4 Mitteilungen**
 - 4.1 Vorstellung des Kölner Ausbildungsberichts 2010, der Bericht wurde bereits zur letzten Sitzung zugestellt
4226/2011
 - 4.2 Ergebnisse einer Städteumfrage aufgrund der Resolution des Rates zum Bildungspaket der Bundesregierung
4589/2011
 - 4.3 Wahl der Seniorenvertretung 2011: Wahlergebnis
5048/2011

- 4.4 Aufzug Rotes Haus
hier: Auszug aus der Niederschrift der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Sitzung am 06.12.2011
5074/2011
- 4.5 Strukturförderung Mülheim 2020
hier: Vergabe des Sportprojektes
0038/2012
- 4.6 Arbeitsbericht des Interkulturellen Referates - 2011
0121/2012
- 4.7 Vorlage 4473/2011 - Zurückziehen der Vorlage durch die Verwaltung
0042/2012
- 4.8 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2012"
0106/2012
- 5 Wohnen**
- 5.1 Stadtentwicklungskonzept Wohnen - Analyse- und Prognoseteil (Modul 1)
hier: Modellrechnungen und strategische Herausforderungen
4700/2011
- 5.2 "Veedel für Menschen" und "Öffnung des Wohnquartiers für das Alter (SILQUA-ÖFFNA)" in Ehrenfeld
4745/2011
- 6 Sachstand Programm Mülheim 2020**
- 6.1 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht
0304/2012
- 7 JobCenter Köln**
- 7.1 Beendigung des Modellprojektes "Haushaltsnahe Dienstleistungen" durch das Jobcenter Köln zum 31.12.2011
0177/2012
- 8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten**
- 8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 01/2012
0094/2012
- 9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 9.1. Gegen Gewalt an Frauen und ihren Kindern - Frauenhäuser stärken
AN/2062/2011

Änderungsantrag zu TOP 9.1 - Gegen Gewalt an Frauen und ihre Kinder –
Frauenhäuser stärken
AN/2152/2011

Änderungsantrag zu TOP 9.1 - Antrag der FDP-Fraktion "Gegen Gewalt an
Frauen und ihre Kinder - Frauenhäuser stärken"
AN/0129/2012

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.2 Aktuelle Anfragen

10.2.1 Neueinrichtung von Bürger- (und Vereins-) Zentren
AN/0025/2012

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum für die Zentren Yunus
Emre Kulturakademie e.V., Wiener Platz 2, 51065 Köln und Runder Tisch
Buchforst e.V., Stadtteilzentrum II, Kalk Mülheimer Str. 318, 51065 Köln
0023/2012

11.2 Bürgerhaushalt 2012 - Beteiligung der Fachausschüsse am Beratungsverfah-
ren
0164/2012

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Anfragen

17.1 Frauenhäuser
0017/2012

I. Öffentlicher Teil

- 1 **Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 **Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 **Beantwortung von Anfragen**
- 3.1 **Finanzierung der Bürgerhäuser und Bürgerzentren
(Anfrage der Frau Gärtner zu TOP 15 der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 01.12.2011)
5218/2011**

Der Ausschuss nimmt die Antwort ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

- 3.2 **Einrichtung von Pfändungsschutzkonten für Kunden/innen des Jobcenters Köln
(Anfrage der Frau Stahlhofen zu TOP 15 der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 17.11.2011)
5263/2011**

Herr Klein fragt nach, wie viele Pfändungsschutzkonten bisher eingerichtet wurden?

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet darum in der nächsten Sitzung die ersten Zahlen vor zu legen.

Frau Eggeling fragt nach, ob die Informationen über das Pfändungsschutzkonto auch in anderen Sprachen nach zu lesen sei.

Herr Kulozik verneint diese Anfrage, bedankt sich für die Anregung.

Frau Wilden äußert ihre Meinung, dass es ausreichend sei, die Informationen nur in Deutsch zu verfassen.

- 3.3 **Akustiksituation in der Trauerhalle Südfriedhof
(Anfrage der Frau Dr. Köhler zu TOP 15 der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 17.11.2011)
4990/2011**

Frau Dr. Köhler empfindet die Beantwortung als unzureichend. Sie regt an, auf dem kleinen Dienstweg eine lösungsorientierte Prüfung durch zu führen, unter Einbeziehung der Behindertenbeauftragten, des Hörgeräte Akustiker Verbandes und des Bestatter Verbandes.

Herr Haake antwortet, dass die Ausrüstung der Trauerhallen in den Zuständigkeitsbereich der Bestatter gefallen sei. Diese richten die Trauerhallen nach Bedarf aus. Die

Verwaltung ist mit allen Beteiligten im regelmäßigen kommunikativen Austausch um die Situation weiter zu verbessern.

Herr Dr. Schulz im Südfriedhof handelt es sich um ein Akustik-Problem also sollte auch dies bezüglich ein Konzept entwickelt werden.

Frau Dr. Köhler bittet Herrn Haake um ein bereits bestehendes Arbeitspapier zu diesem Thema.

Herr Haake antwortet, dass dieses Akustik-Problem besteht und daran gearbeitet werde aber dies fällt in den Aufgabenbereich der Gebäudewirtschaft. Zwar gebe es einen intensiven Austausch mit dem Bestatterverband, ein konkretes Arbeitspapier existiere aber nicht.

3.4 Befristete Arbeitsverträge für Mitarbeiter/innen beim Jobcenter Köln (Anfrage der Frau Stahlhofen zu TOP 10.2 der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 01.12.2011) 0110/2012

Herr Klein wie hoch der Anteil der Mitarbeiter sei, die einen befristeten Arbeitsvertrag haben und ob es geplant sei diese Arbeitsverträge zu entfristen. Zusätzlich fragt er nach, ob das Jobcenter Mitarbeiter von Zeitarbeitsfirmen beschäftige.

Herr Kulozik antwortet, dass der Anteil der Mitarbeiter die einen befristeten Arbeitsvertrag haben bei ca. 17% - 18% liege. Dieser Anteil sei zu hoch und es bestehe der Wunsch diesen Anteil zu senken. Dies sei aber schwierig, da für jede Entfristung eine Etatlisierung erforderlich sei. D.h. jede neue Stelle wird mit Etat eingerichtet und dies ist in Zeiten knapper Haushaltsmittel nicht einfach. Ziel sei es ein Anteil von ca. 10% zu erreichen.

Frau Hollmann fragt nach dem Anteil der städtischen Mitarbeiter im Jobcenter.

Herr Kulozik antwortet, dass bei 1255 Beschäftigten 49% der Mitarbeiter städtisch und 51% Mitarbeiter der BA seien.

4 Mitteilungen

4.1 Vorstellung des Kölner Ausbildungsberichts 2010, der Bericht wurde bereits zur letzten Sitzung zugestellt 4226/2011

Herr Asselborn referiert kurz über den Ausbildungsbericht 2010.

Frau Stock ergänzt, dass sich die Agentur für Arbeit im Übergangsthema Schule und Beruf sehr stark engagiert. Es sollen z.B. Jugendliche mit Migrations-Hintergrund vermehrt in die Duale Ausbildung

gebracht und weitere Hilfen bei der Berufswahlentscheidung gegeben werden.

Frau Stahlhofen fragt, wie es zu den starken Ausprägungen bei den Mittleren Abschlüssen kommt.

Herr Asselborn antwortet, dass eine ständige Verschiebung der Abschlüsse stattfindet. Die Absolventen des Hauptschulabschlusses bemühen sich um einen Abschluss der Mittleren Reife und diese Absolventen bemühen sich immer mehr um das Abitur.

Frau Hollmann fragt nach einem konkreten Zeitplan für die Umsetzung der angegebenen Handlungsempfehlungen.

Herr Asselborn antwortet, dass der Ausbildungsbericht die Aufgabe habe, den Beteiligten eine Datengrundlage zu liefern, um die Aktivitäten optimieren zu können. Eine konkrete Umsetzung ist aus Ressourcenmangel gar nicht möglich.

Frau Reker ergänzt, dass in diesem Punkt das Bündnis für Arbeit der Ansprechpartner sei.

Frau Köhler fragt nach, ob es Strategien im Wohnbereich gebe, eine mögliche „Ghettobildung“ von Migranten zu minimieren.

Frau Reker sagt zu, zu einer der nachfolgenden Sitzungen, den aktuellen Sachstand zu präsentieren.

4.2 Ergebnisse einer Städteumfrage aufgrund der Resolution des Rates zum Bildungspaket der Bundesregierung 4589/2011

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt nach dem aktuellen Stand der Antragsstellung.

Frau Blömacher antwortet, dass aktuell 42.000 Anträge vorliegen. Damit sind ca. zwei Anträge je erreichter Person eingereicht worden. Dies entspricht 40,5% der Betroffenen.

Frau Hollmann fragt nach dem Stand der Bearbeitung der Anträge und der Häufigkeit bestimmter Bildungspakete.

Frau Blömacher antwortet, dass sie über den Bearbeitungsstand keine Aussage machen könne. Die Schwerpunkte der Anträge liegen in den Bereichen Mittagessen und Klassenfahrten und es werde versucht diese zeitnah zu bearbeiten.

Herr Dr. Schulz fragt nach der Praxis der Antragsstellung, ob Anträge bei den Trägern vorliegen.

Frau Blömacher antwortet, dass bei den Trägern und in den Schulen entsprechende Anträge vorliegen und jederzeit Anträge zugeschickt werden.

Frau Hoyer fragt nach einer konkreten finanziellen Summe welche die Stadt Köln durch das Bildungspaket einspare. Bei einer Umfrage wurden andere Städte gefragt, wie sie die freiwerdenden finanziellen Mittel verwenden würden, was hat die Stadt Köln auf diese Frage geantwortet.

Frau Blömacher antwortet, dass die Stadt Köln diese Umfrage gestartet hat und dies von den anderen Städten wissen wollte. Aktuell liegen keine konkreten Zahlen vor.

Frau Stahlhofen fragt wie lange die Bearbeitungszeit sei und ob die Antragsteller in finanzielle Vorleistung treten müssen.

Frau Blömacher antwortet, dass das Ziel sei, dass die Eltern nicht in finanzielle Vorleistung gehen sollen.

4.3 Wahl der Seniorenvertretung 2011: Wahlergebnis 5048/2011

Frau Schmerbach fragt ob die Wahlordnung in Bezug auf die Transparenz der Bewerber (z.B. Nennung der Parteizugehörigkeit) geändert werden könne und ob es eine Quote von nicht EU Bürgern gäbe.

Herr Dr. Unna unterstützt das Anliegen von Frau Schmerbach, dass bei einer solchen Wahl die Parteizugehörigkeit der Bewerber genannt werden müsse.

Frau Dr. Köhler widerspricht dem Anliegen der Vorredner, weil die Seniorenvertreter überparteilich handeln sollen.

Frau Hoyer unterstützt die Argumentation von Fr. Dr. Köhler.

Herr Helling empfindet diese Diskussion für schwierig. Auf der einen Seite sollen die Seniorenvertreter überparteilich sein und es handelt sich um eine Personenwahl nicht um eine parteipolitische Listenwahl. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage was ein Wähler von einem Seniorenvertreter vor der Wahl an Informationen erwarten kann. Und der Wähler kann Transparenz von den Seniorenvertretern erwarten. Dies würde bedeuten, dass u.a. eine Parteimitgliedschaft oder Vereinsmitgliedschaft in der Bewerbung genannt werden müsse.

Herr Hurniak antwortet, dass die Überparteilichkeit in der Wahlordnung definiert sei. D.h. bei Streichung der Überparteilichkeit müsse die Wahlordnung geändert werden. Über den Rat müsse ein entsprechender Änderungsantrag gestellt werden. Dann würde geprüft ob, dieses Begehren rechtlich umsetzbar sei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert, dass es nicht darum gehen würde die Überparteilichkeit zu streichen, sondern, dass die Kandidaten in der Vorstellung ihre Parteizugehörigkeit nennen sollten.

Herr Hurniak erläutert seinerseits, dass grundsätzlich im Rahmen der Überparteilichkeit keine Nennung von Parteizugehörigkeit genannt werde. In den Kandidatenvordrucken besteht die Möglichkeit die Parteizugehörigkeit zu nennen. Es muss eine Kann-Vorschrift bleiben, weil seitens der Wahlorganisation gar nicht überprüft werden kann ob eine Parteizugehörigkeit besteht. Rechtlich ist es im Rahmen der derzeitigen Wahlordnung nicht umsetzbar.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet die Verwaltung um eine Prüfung des Sachverhaltes.

4.4 Aufzug Rotes Haus hier: Auszug aus der Niederschrift der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Sitzung am 06.12.2011 5074/2011

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.5 Strukturförderung Mülheim 2020
hier: Vergabe des Sportprojektes
0038/2012**

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt nach ob das Büro bereits eingerichtet und die Arbeit aufgenommen sei.

Frau Linke-Lorenz antwortet, dass das Büro in der Berliner Strasse sei und die Mitarbeiter haben mit der Arbeit begonnen.

**4.6 Arbeitsbericht des Interkulturellen Referates - 2011
0121/2012**

Herr Helling bittet darum, dass die Folien aus dem Vortrag im Integrationsrat über dieses Thema, dem Protokoll angehängt werden.

**4.7 Vorlage 4473/2011 - Zurückziehen der Vorlage durch die Verwaltung
0042/2012**

Frau Reker erläutert die Hintergründe zu der zurückgezogenen Vorlage und der vorliegenden Mitteilung:

Der erste Teil der Untersuchung, der sich mit den allgemeinen Rahmenbedingungen für die Entstehung rechtsnationaler Tendenzen und Vereinigungen mit Bezug zum Herkunftsland Türkei befasste, wurde in 2009 beendet und in 2010 vorgelegt. Von den politischen Fachgremien wurde der Wunsch nach Fortsetzung der Studie zur Gewinnung empirisch fundierter Ergebnisse geäußert und die Verwaltung beauftragt, nach Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen.

Die Verwaltung hat vor diesem Hintergrund die Vorlage über die „Abschließende Fortführung einer Untersuchung zur Verbreitung von Rechtsradikalismus im türkischen Milieu“ im November 2011 in die Beratungsfolge der politischen Gremien eingebracht, weil sich zu diesem Zeitpunkt eine Finanzierungsmöglichkeit durch Kofinanzierung aus Landesmitteln abzeichnete und grundsätzlich die fachliche Auseinandersetzung mit dem Thema für notwendig gehalten wird.

Es ist erklärtes Ziel der Verwaltung mit Hilfe einer empirischen Untersuchung festzustellen, ob eine wiederholt in der Öffentlichkeit thematisierte rechtsnationale Orientierung bei türkischen Jugendlichen tatsächlich vorhanden ist, in welchem Umfang es eine solche gibt und ob Radikalisierungstendenzen erkennbar sind.

Die Vorlage wurde zunächst im Integrationsrat beraten. Dort zeichnete sich in der Sitzung ab, dass eine solche Untersuchung aufgrund der Diskussion über die rechtsradikalen Anschläge zum jetzigen Zeitpunkt als sehr kritisch angesehen wurde und dass diese Untersuchung zum aktuellen Zeitpunkt auch zu Missverständnissen führen könnte.

Es ist in diesem Zusammenhang noch einmal ausdrücklich festzustellen, dass die Verwaltung selbstverständlich das Thema von möglichen rechtsnationalen oder rechtsradikalen Tendenzen oder Entwicklungen in allen Gruppierungen der Gesellschaft ernst nimmt, aber eine Untersuchung zum jetzigen Zeitpunkt fachlich nicht für umsetzbar gehalten wird.

An der Durchführung der vorgesehenen Befragung in Form von qualitativen Interviews zu einem späteren Zeitpunkt wird jedoch festgehalten.

Frau Stahlhofen und Frau Blümel begrüßen, dass die Studie zu einem anderen Zeitpunkt durchgeführt werden solle.

Herr Helling ergänzt die Argumentation von Frau Reker dahingehend, dass im Integrationsrat auch über die Finanzierung der Studie gesprochen wurde. Die Kosten für die Studie betragen 40.000 €. Im Herbst habe das Land eine Beteiligung in Höhe von 30.000 € in Aussicht gestellt und die Verwaltung schlug vor den kommunalen Anteil von 10.000 € über den Einsatz von städtischen Mitteln für Antirassismus Training sicherzustellen. Bei einem Gesamtansatz von 20.000 € werde dies sehr kritisch gesehen. Denn es würde bedeuten, dass die Hälfte der Mittel für die Studie verwendet würde und wichtige Basisprojekte nicht stattfinden könnten. Diese Finanzierungsquelle war also nicht akzeptabel. Selbstverständlich solle die Studie weiter geführt werden, aber es müsse eine andere Finanzierung gefunden werden.

Frau Wilden erläutert, dass gegen jegliche Art von Extremismus vor gegangen werden solle.

Frau Hoyer äußert ihre Bedenken, dass die Studie wegen der schlechten finanziellen Haushaltslage doch nicht durchgeführt werden könne und appelliert die Finanzierung sicher zu stellen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist zusammenfassend darauf hin, dass Konsens darüber besteht, dass die Studie nur verschoben aber nicht aufgehoben sei.

4.8 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert 2012" 0106/2012

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

5 Wohnen

5.1 Stadtentwicklungskonzept Wohnen - Analyse- und Prognose teil (Modul 1) hier: Modellrechnungen und strategische Herausforderungen 4700/2011

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

5.2 "Veedel für Menschen" und "Öffnung des Wohnquartiers für das Alter (SILQUA-ÖFFNA)" in Ehrenfeld 4745/2011

Frau Schmerbach äußert sich positiv über die Studie. Allerdings sei der perspektivische Ausblick zu unkonkret.

Frau Herrmann dankt für das gute Feedback des Projektes und erläutert zwei weitere Perspektiven des Projektes. Erstens werde eine Informationsnotfallkarte für Ehrenfeld erarbeitet. Diese Karte solle wichtige Informationen über Ehrenfeld erhalten. Zweitens gebe es eine Kooperation mit der Outback Stiftung im Rahmen eines Internetauftritts speziell für Senioren. Beide Projekte sind allerdings noch in Vorbereitung.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht 0304/2012

Herr Helling fragt nach dem Sachstand des Internationalen Geschäftshauses und den Schwierigkeiten mit dem Grundstück.

Frau Schlich antwortet, dass der aktuelle Sachstand zu dem Thema alles andere als optimal sei. Es fehle ein Grundstück und das richtige Konzept. Man sei zwar mit den Beteiligten im Gespräch aber es gebe noch keine aktuelle positive Entwicklung.

7 JobCenter Köln

7.1 Beendigung des Modellprojektes "Haushaltsnahe Dienstleistungen" durch das Jobcenter Köln zum 31.12.2011 0177/2012

Herr Dr. Schulz betont die Wichtigkeit des Projektes und würde sich wünschen, dass Mittel und Wege gefunden werden dieses Projekt fortzusetzen. Er erinnert daran, dass die Menschen bei Wegfall des Projektes wieder in die Verwahrlosung abrutschen könnten. Deshalb solle die Stadt mit eigenen finanziellen Mitteln die notwendige Unterstützung leisten, da bisher das Jobcenter die Finanzierung getragen habe. Er bittet alle Mitglieder des Ausschusses in den kommenden Haushaltsberatungen gemeinsam zu agieren.

Frau Blümel schließt sich der Meinung von Herrn Dr. Schulz an und betont, dass die Fortführung des Projektes eine preiswertere Lösung sei, als dass die betroffenen Menschen in Heimen untergebracht werden würden.

Frau Hoyer erklärt wie die Vorredner, dass dieses Problem kein Problem des Jobcenters sei. Sie fragt nach den Kosten für einen Heimplatz

Der Vorsitzende Herr Paetzold antwortet, dass ein Heimplatz ca. 3000,- € bis 3.500,- € kosten würde.

Herr Helling betont, dass die verantwortliche Aufgabe eine städtische sei, aber die Beschäftigungsförderung solle mit einbezogen werden. Er bittet die Verwaltung anhand dieser Mitteilung zu prüfen, ob es möglich sei, einen Auftrag für ein Anschlussprojekt zu entwickeln. Wenn die Politik dies in ihre Haushaltsberatung mit aufnehmen soll, benötige sie mehr als diese Mitteilung. Er bittet um ein Konzept unter welchen

Bedingungen und welchen Kosten dieses Projekt weitergeführt werden könne. Auch solle die weitere (reduzierte) Unterstützung des Jobcenters geprüft werden. Zusätzlich würde er gerne wissen, ob der Ausschuss weitere Informationen erhalte, um sich genauer mit der Frage zu befassen, was kann und soll städtische Beschäftigungspolitik leisten.

Frau Reker berichtet mit stolz, dass dieses Modellprojekt von anderen Kommunen übernommen wurde. Die Verwaltung werde selbstverständlich die Politik bei diesem Vorhaben unterstützen. Zusätzlich werde sie mit der Wirtschaftsdezernentin prüfen, wie durch kommunale Sonderanstrengungen das Modellprojekt weiter fortgeführt werden könne, da Beschäftigungsförderung durch die Instrumentenreform im Rahmen des Jobcenters nicht mehr möglich sein werde.

Frau Harnisch stellt die positiven Aspekte für die betroffenen Menschen dar. Leider sei in den letzten Monaten das Projekt schon deutlich eingeschränkt worden, es stehen bei der Caritas kaum noch Mitarbeiter für diese Dienstleistungen zu Verfügung, so dass die betroffenen Personen schon bald vor Existenzproblemen stehen könnten. Es bestehe damit auf der arbeitsmarktpolitischen und auf der sozialpolitischen Seite dringender Handlungsbedarf.

Herr Klein fragt ob für diese 273 Personen überhaupt genug Heimplätze zur Verfügung stehen würden.

Der Vorsitzende Herr Paetzold äußert sein Unverständnis darüber, dass dieses Projekt überhaupt eingestellt worden sei. Da die Verwaltung, zu Recht, stolz auf dieses Projekt sei, müsse sie es eigentlich weiterführen. Er stellt fest, dass der finanzielle Betrag der dadurch eingespart werde, dass die Menschen nicht in ein Heim kommen und bei der KDU geführt werden, deutlich höher seien, als die Ausgaben für dieses Projekt. Auch würden alle beteiligten Menschen von der Fortführung des Projektes profitieren.

Frau Reker antwortet, dass in diesem Fall keine Evaluation statt gefunden habe und dadurch finanzielle Berechnungen schwierig seien. Sie dankt den Wohlfahrtsverbänden für Ihre geleistete Arbeit.

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 01/2012 0094/2012

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Gegen Gewalt an Frauen und ihren Kindern - Frauenhäuser stärken AN/2062/2011

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

**Änderungsantrag zu TOP 9.1 - Gegen Gewalt an Frauen und ihre Kinder
– Frauenhäuser stärken
AN/2152/2011**

**Änderungsantrag zu TOP 9.1 - Antrag der FDP-Fraktion "Gegen Gewalt
an Frauen und ihre Kinder - Frauenhäuser stärken"
AN/0129/2012**

Der Antrag wurde zu Beginn der Sitzung vertagt.

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.2 Aktuelle Anfragen

**10.2.1 Neueinrichtung von Bürger- (und Vereins-) Zentren
AN/0025/2012**

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.

**11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

**11.1 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum für die Zentren Yu-
nus Emre Kulturakademie e.V., Wiener Platz 2, 51065 Köln und Runder
Tisch Buchforst e.V., Stadtteilzentrum II, Kalk Mülheimer Str. 318, 51065
Köln
0023/2012**

Frau Wilden betont, dass sie die Yunus Emre Kulturakademie e.V., Wiener Platz 2, 51065 Köln als Interkulturelles Zentrum ablehnt.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Anerkennung als Interkulturelles Zentrum für

- Yunus Emre Kulturakademie e.V., Wiener Platz 2, 51065 Köln und
- Runder Tisch Buchforst e.V., Stadtteilzentrum II, Kalk Mülheimer Str. 318, 51065 Köln

Abstimmungsergebnis:

wird einstimmig zugestimmt

(Hinweis: Pro Köln lehnt die Yunus Emre Kulturakademie e.V., Wiener Platz 2, 51065 Köln als Interkulturelles Zentrum ab)

11.2 Bürgerhaushalt 2012 - Beteiligung der Fachausschüsse am Beratungsverfahren 0164/2012

Frau Stahlhofen mahnt an, dass die Situation für die Mieter verbessert werden müsse.

Herr Helling erläutert das Anliegen der Antragsteller, dass mehr Mietminderung eingesetzt werden solle, damit der städtische Haushalt entlastet werde. Er findet, dass der Ausschuss die Stellungnahme der Verwaltung akzeptieren könne. Zusätzlich wünscht er sich in Zukunft einen Sachstandsbericht der Verwaltung, zur weiteren Optimierung, bei der Weiterleitung von Mietern zu dem Mieterverein.

Frau Hoyer die Verwaltung handelt bereits im Sinne der Mieter, damit ist der Ansatz der Richtige.

Frau Stahlhofen fragt Herrn Helling ob sich die SGB II Bezieher auch bei Mietminderungen an die Mieterberatungsstelle wenden solle.

Herr Kulozik antwortet, dass sich diese Personen auch bei diesen Fällen an die Beratungsstellen wenden sollen.

Beschluss:

Der Ausschuss schließt sich dem Votum der Verwaltung zu Vorschlag Nr. 180 im Bürgerhaushaltsverfahren an und nimmt den Vorschlag in diesem Sinne zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Anfragen

Frau Hollmann fragt Hr. Kulozik wann das Integrationsprogramm konkret umgesetzt werde insbesondere der unterschiedlichen Profillagen der Arbeitslosen.

Herr Kulozik sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Schmerbach fragt Hr. Kulozik ob 100% der Fördermittel der Bundesagentur abgerufen wurden und wie viel Mittel verwendet wurden. Weiter möchte sie wissen ob die Jobperspektive für psychisch Kranke eingestellt wurde und wenn es so sei wie mögliche Alternativen aussehen würden.

Herr Kulozik antwortet, dass 98,7% der Mittel ausgeschöpft wurden. Damit sind ca. 1,2 Millionen € nicht in Ansatz gebracht worden. Die Frage zu den psychisch Kranken werde schriftlich beantwortet.

Frau Dr. Köhler fragt ob das Jobcenter für den Personenkreis „Jobinitiative 60 plus“ Arbeit zu vermitteln und vorab ein Gespräch mit dieser Initiative durch zu führen.

Herr Kulozik antwortet, dass für die Arbeitsvermittlung keine Altersbegrenzung vorliege deshalb würde er so ein Gespräch begrüßen.

Herr Dr. Schulz fragt nach dem Modell der Berliner Jobinitiative für Langzeitarbeitslose und ob ein solches Modell auch in Köln angedacht sei.

Herr Kulozik antwortet, dass es sich um ein Sonderprojekt handelt, bei dem das zusätzliche Personal von der Stadt Berlin als auch von Nürnberg bezahlt worden sei. Wenn es diese zusätzlichen finanziellen Mittel auch für Köln geben würde, wäre so ein Projekt natürlich auch in Köln denkbar.

17.1 Frauenhäuser 0017/2012

Herr Helling schlägt vor, dass keine politische Diskussion geführt werde sondern nur noch inhaltliche Fragen gestellt werden, da in der nächsten Sitzung der Punkt wieder auf der Tagesordnung sei.

Frau Hoyer erläutert den Beratungsbedarf der FDP Fraktion damit, dass keine validen Zahlen für ein drittes Frauenhaus vorliegen. Des Weiteren bittet sie, dass Frau Kronenberg in der nächsten Sitzung zu diesem Punkt anwesend sei.

Frau Reker erläutert, dass die Bedarfsermittlung in der Mitteilung aufgeführt werde. Sie bedauert auch, dass es momentan nicht möglich sei valide Daten mit den Frauenhäusern zu ermitteln. Eine Schwierigkeit sei, dass eine betroffene Frau in unterschiedlichen Frauenhäusern anrufen könnte. Dadurch würde eine Dopplung entstehen. Des Weiteren müsse man über die Stadtgrenzen hinaus denken, da die betroffenen Frauen in Frauenhäuser anrufen wo sie anonym sind.

Frau Hoyer erinnert daran, dass es für das zweite Frauenhaus auch konkrete Zahlen gegeben haben muss.

Frau July erläutert, wie das zweite Frauenhaus zu Stande gekommen ist. Damals gab es auch in anderen Unterbringungsmöglichkeiten keine freien Plätze. Insoweit konnte damals natürlich ermittelt werden, dass dringend ein weiteres Frauenhaus benötigt werde. Heute stellt sich die Situation aber anders dar.

Herr Helling fragt nach, ob es Initiativen zu diesem Thema von der Gleichstellungsbefragten gegeben habe und ob sie an der vorliegenden Mitteilung beteiligt war. Falls dies nicht der Fall sein sollte, bittet Herr Helling vorab um ein Statement zu diesem Thema.

Frau Reker antwortet, dass es Abstimmungsgespräche mit Frau Kronenberg gegeben habe, aber an der Vorlage war die Gleichstellungsbeauftragte nicht beteiligt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt die Verwaltung, ob es noch die einheitliche Verwaltungsmeinung gebe. Dann wäre es nicht nötig weitere Dienststellen hinzu zu ziehen.

Der Tagesordnungspunkt wird in die nächste Sitzung verschoben.